

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hilferding im Hauptauschuß.

Ankündigung einer Devisenzwangabgabe. — Zuchthaus für Devisenhehler.

Im Hauptauschuß des Reichstags hielt heute vormittag der Reichsfinanzminister Genosse Dr. Hilferding seine Antrittsrede über die Lage der Reichsfinanzen und die in Angriff genommenen Versuche zu ihrer Sanierung. Die Mitglieder des Ausschusses und zahlreiche andere Abgeordnete, die als Zuhörer erschienen waren, lauschten gespannt den Darlegungen des neuen Mannes, von dessen Maßnahmen das Schicksal des Deutschen Reichs und Volks in so hohem Maße abhängt.

Das Bild, das Hilferding von der finanziellen Lage des Reiches entwarf, war geradezu erschütternd. Ueberaus wirksam, wirksamer als in irgendeiner Rede eines anderen Finanzministers früherer Zeit, kam dabei der Gedanke zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Erhaltung des Staatswesens höchstes Interesse einzelner ist. Es gibt einen Punkt, wo die Bereicherung der Privatwirtschaft aus der Verarmung des Staates automatisch in ihr Gegenteil umschlagen muß, und diesem Punkt sind wir so bedenklich nahegekommen, daß nur äußerste Maßnahmen das Verhängnis aufhalten können, das mit seiner Erreichung unwiderruflich wird.

Wer von diesem Grundgedanken ausgeht, wird die angeforderten Schritte der Reichsregierung als einen Anfang billigen müssen. Zunächst sollen, wie selbstverständlich, die neuen Steuern ohne alle Behinderung — trotz aller Härten, die sich im einzelnen ergeben mögen — eingetrieben werden. Sodann soll eine Zwangsabgabe von Devisen an das Reich durchgeführt werden, die mit einem strengen Deklarationszwang — auf Meinelid steht Zuchthaus! — verbunden sein soll.

Auf diese Weise soll ein Devisenfonds geschaffen werden, der es dem Reich ermöglicht, den Kohlenbedarf zu decken, die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln zu finanzieren und Mittel für die Stärkung der Mark zu gewinnen. Sollten die bisher getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen, so wird es notwendig sein, auf dem betretenen Weg weiterzuschreiten. An der Entschlossenheit des Staates, den Kampf um seine Existenz aufzunehmen, darf nicht der geringste Zweifel bestehen.

Die Ausführungen des Reichsfinanzministers lassen auch keinen Zweifel darüber, daß der Fall Havenstein in kürzester Zeit seine Erledigung finden wird. Es gab keinen Widerspruch gegen die an sich ja ganz selbstverständliche Feststellung, daß ein reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Reichsfinanzverwaltung und der Reichsbankleitung unter allen Umständen gesichert werden muß. Aufsehen erregten die Mitteilungen des Ministers über die bisherige Gebarung der Reichsbank, durch die auf die Empfänger von staatlichen Entschädigungen geradezu ein Zwang ausgeübt wurde, die erhaltenen Papiermarkbeträge in Devisen umzusetzen und dadurch den Markkurs noch weiter herunterzudrücken.

Alles in allem ließ der Finanzminister keinen Zweifel an dem drohenden Ernst der Lage und an seiner Entschlossenheit, ihm mit dem äußersten Aufwand von Energie zu begegnen. Es ist ihm auch zu glauben, daß er für seine Auffassung zu nächst Verständnis bei den Kreisen der Privatwirtschaft gefunden hat, denn auch sie müssen schließlich einsehen, daß es um Kopf und Kragen geht und daß das drohende Chaos nächst den Besitzlosen schließlich auch die Besitzenden verschlingen würde. Aber wie lange diese Erkenntnis anhält, kann man bei der bekannten Eigenart ihres Seelenlebens nicht wissen. Hier kräftig nachzuhelfen, wird Sache der Sozialdemokratie sein. Sie hat die Aufgabe, gegenüber allen Regierungen der Eigensucht die nationalen Notwendigkeiten zur Geltung zu bringen, als deren Vollstrecker auch der aus ihr hervorgegangene Reichsfinanzminister heute gesprochen hat.

Die Sitzung des Hauptauschusses des Reichstags zeigte heute das Bild eines großen Tages im Reichstag. Der Vorsitzende, Abg. Heilmann (Soz.), wies in der Eröffnungsansprache auf den Ernst der Lage hin. Der Finanzminister sei bereit, im Ausschusse einen Bericht über die Lage und über die Absichten der Regierung zu erstatten. Er erteilte dann das Wort an

Reichsfinanzminister Hilferding:

Ich habe zunächst den Herrn Reichsanwalt zu entschuldigen, der durch dringende anderweitige Geschäfte heute unabhkömmlich ist. Die neue Regierung hat die Geschäfte übernommen in einer Situation, die nicht nur politisch und sozial außerordentlich ernst gewesen ist, die vielmehr auch vom finanzpolitischen Standpunkte aus als eine fast verzweifelte angesehen werden muß. Die außerordentliche Erregung, die in der letzten Zeit des Kabinetts Cuno die Massen ergriffen hat, ist die

Folge des rasch vorwärtsschreitenden Markverfalls.

Der unter ganzes Finanzwesen in furchtbare Verwirrung gebracht hat. Vor dem Amtsantritt der neuen Regierung hatten wir einen Dollarstand von etwa fünf Millionen. Als dann eine gewisse Beruhigung eintrat, und der Dollar zeitweilig auf drei Millionen zurückging, waren wir in vielen Gewerben in einer Situation, daß die Löhre bereits die Friedenslöhne erreicht hatten, die Lebensmittelpreise waren teilweise bereits über das Weltmarktniveau gestiegen, so daß die große Gefahr bestand, daß ein Stutzen des Exports und eine allgemeine Wirtschaftskrise eintreten würde. Zu allen Krisen hinzu, die wir bereits hatten. Für die Finanzverwaltung haben sich die Dinge so ausgewirkt, daß sie zu Erhöhungen der Gehälter für Beamte und Angestellte schreiben mußte,

die für die Ausgabenwirtschaft des Reiches stark ins Gewicht fielen und daß wir in die Situation gerieten, daß wir heute nicht nur aufzukommen haben für alle Ausgaben des Reiches, sondern daß wir darüber hinaus auch in die Zwangslage verlegt worden sind, auch die ganzen Ausgaben der gesamten öffentlichen Verwaltung der Länder und Gemeinden zu decken, nicht nur im Ausmaß des Finanzamtgesetzes, sondern darüber hinaus das gesamte Defizit, das bei den Ländern und Kommunen besteht. Wir müssen die Defizite auf das Reich übernehmen, wenn nicht ein Zusammenbruch der allgemeinen Verwaltung eintreten soll. Wir sind also in einen Zustand geraten, wo die

Gesamtausgaben der Verwaltung vom Reich getragen werden müssen. In der letzten Zeit haben sich außerdem noch Symptome gezeigt, die außerordentlich beunruhigend sind. Es ist bekannt, daß die Beilegung des Buchdruckerstreiks, die eine absolute Notwendigkeit war, wenn durch das Stutzen des Rotendrucks in der Reichsdruckerei die Krise nicht verschärft werden sollte, nur möglich gewesen ist, indem das Reich die Zulage gemacht hat, einen Teil dieser Lohnerhöhungen aus eigenen Mitteln zu decken. Wir sind also dazu gekommen, auch Löhne der Privatindustrie auf das Reich zu übernehmen.

Die Ausgabenwirtschaft des Reiches ist eine unabsehbare geworden. Dieser Zustand darf unter keinen Umständen weiter bestehen.

Dazu gesellt sich noch etwas anderes. Wir sind auf dem Währungsgebiet in anarchische Zustände geraten. Ich will auf die Entwicklung der früheren Zeit nicht eingehen. Ich will nur daran erinnern, daß die Einführung des Einheitsburses ohne Verbindung mit einer organischen Stärkung der Mark zu einer Disparanz zwischen Inlands- und Auslandsnotierung der Mark geführt hat. Die Folge waren die unangenehmen Repartierungen, die deshalb eine Gefahr für die ganze Wirtschaft bedeuteten, weil niemand wußte, ob er die wirklich nötige Menge Devisen erhalten würde. Dann wurde der Einheitskurs in einer Weise gespannt, die die Situation wieder beilegte, ohne daß entsprechende Maßnahmen getroffen worden wären, um die Wirkung der Beseitigung zu kompensieren. Das war einer der

Gründe für das Scheitern des Dollarkurses.

Das führte wieder zur Benotungsnähe. Das hat dazu geführt, daß wir die ersten Erscheinungen einer Annahmeverweigerung der Mark beobachten konnten. Das hat die ungetriggerte soziale Währung verursacht. Um dem Notstand abzuhelfen, wurde zunächst die Ausgabe von Notgeld gestattet. Es wurde aber in der Folgezeit solches Notgeld nicht mehr ausgegeben im Einvernehmen mit Regierung und Reichsbank. Alle Sicherstellungen für die Zurückzahlung wurden unterlassen. Ein Teil dieses Notgeldes ist mit Genugtuung ausgegeben worden. Aber zahlreiche Kreise der Privatindustrie und auch andere Kreise haben ungeschicklich und unüberlegt Notgeld ausgegeben. Die Summe dieses Notgeldes geht in viele Millionen. Das ist ein Zustand, der geeignet ist, die Inflation zu steigern und der jede Währungsstabilität vom Reich technisch unmöglich macht. Auch hier wird es Aufgabe der Regierung sein, schnellstens für Abhilfe zu sorgen. Die Reichsbank ist jetzt in der Lage, den Notgeldbedarf zu decken.

Die Hoffnung, die im Reichstag zunächst vorhanden war, daß durch die starke Anspannung der Steuerfrage es gelingen würde, ein Gleichgewicht des Budgets herzustellen, hat sich leider nicht erfüllen lassen. So schwer die Steuern sind, so sind die Ausgaben des Reiches doch solche, daß wir zunächst

nicht in der Lage sind, durch Steuern den ganzen Betrag der Ausgaben zu decken.

Bis jetzt sind die Zeichnungen auf die Goldanleihe verhältnismäßig bestrebtig eingegangen. Es läßt sich jetzt schon sagen, daß ein besseres Resultat als bei den Dollarkuponemissionen zu erwarten ist. Trotzdem ist unsere finanzielle Situation außerordentlich ernst, und es ist die Frage, wie man Gegenmittel ergreifen kann, damit wir rasch zu einem Zustand gelangen, daß Abhilfe geschaffen werden kann. Die Inflation darf nicht so weitergehen, aus sozialen wie aus finanziellen Gründen nicht. Aus sozialen Gründen bezwegen nicht, weil die Kreise, die bisher die Inflationssteuer getragen haben, völlig expropriert sind. Der Mittelstand kann nicht mehr expropriert werden. Für die Arbeiterschaft und die mittleren Angestellten und Beamten gilt, daß, wenn der

Markbesserung.

Dollar amtlich 5,08 Millionen und weiter sinkend.

Die Notverordnung der Reichsregierung steht vor der Tür. Die genaueren Bestimmungen waren an der Börse noch nicht bekannt. Infolgedessen blieb die Haltung des Devisenmarktes auch heute weiter abwartend, doch war die Tendenz sehr stark abgeschwächt. Man hörte den Dollar gegen 12 Uhr mit 4.100.000. Material war aber wenig angeboten, so daß irgendwelche Geschäfte kaum zustande kamen. Die amtlichen Notierungen wurden etwas herabgesetzt, und zwar wurde das Pfund mit 23.000.000 bei 12 1/2-prozentiger Zuteilung und der Dollar mit 5.080.000 bei ebenfalls 12 1/2-prozentiger Zuteilung notiert. Nach der amtlichen Festsetzung hörte man aber im freien Verkehr weit darunter liegende Kurse. Gegen 1 Uhr sprach man den Dollar mit 3.900.000 bis 4.000.000.

Die Haltung des Effektenmarktes an der morgigen Börse wird allem Anschein nach dementsprechend schwächer sein. Bereits jetzt liegen von seiten des Publikums, namentlich auch aus der Provinz, umfangreiche Verkaufsbefehle vor. Rheinische Werke und schwere Montane scheinen etwas fester zu liegen. Die Verkäufe erfolgen, um Mittel für die neuen Steuern zu erlangen, zum anderen Teil aber im Hinblick auf die noch zu erwartende weitere Abschwächung der Devisen.

Dollar rasch hinausgeht, die Löhne die Grenze des Existenzminimums nach unten unterschreiten. Auch sie können die Inflationssteuer nicht mehr tragen. Die weitgehende Umstellung der Wirtschaftskreise auf die Goldrechnung macht es ferner unmöglich, diese Kreise durch die Inflation zu expropriieren.

Wie die Inflation sozial wirkt, hat der letzte Fieberanfall gezeigt.

Die Regierung ist der Ansicht, daß ein zweiter unter allen Umständen verhindert werden muß, weil er tödlich werden könnte für unser Reich und unsere Wirtschaft. Die Regierung wird deshalb alles daran setzen, von der Seite der Einnahmen her, aber auch von der Ausgaben Seite her für Abhilfe zu sorgen.

Die Reichsfinanzen weisen mehrere große Defizitquellen auf. Die

Ausführung des Friedensvertrages hat im Januar 450 Milliarden Mark erfordert; im Juli war die Summe auf 4 Billionen Mark gestiegen.

Wir müssen im August mit einer Verdreifachung rechnen. Die frühere Regierung hat eine Einstellung der Sachlieferungen vorgenommen. Der finanzielle Effekt ist leider kein allzu großer, weil eine Reihe von Verträgen abgeschlossen ist und wir in bestehende Verträge nicht eingreifen können. Die Ausgaben dafür dauern fort und belasten das Reich außerordentlich. Mein Resert wird nachprüfen, ob sich hier nicht durch eine Nachprüfung der Preise und Gewinne Erleichterungen für das Reich erzielen lassen.

Die Betriebsverwaltungen:

Ich habe von jeher den Standpunkt vertreten, daß alles Verderbliche für die Finanzen gemacht worden ist, daß die Eisenbahnen ihre Löhre zu spät und ungenügend der Geldentwertung anpaßten. Wenn man wirtschaftliche Betriebsführung verlangt, so kann man unmöglich verlangen, daß die Eisenbahn tief unter den Selbstkosten ihre Produkte abgibt. Es ist das nicht nur eine schwere Schädigung der Reichsfinanzen, sondern eine ungleichmäßig wirkende und ungerechtfertigte Subvention an einzelne Privatwirtschaften und Privatpersonen. Das Defizit, das infolge dieser Tarifpolitik entstanden ist, ist ein außerordentliches und übertrifft das Defizit der übrigen Reichsverwaltung. Die Eisenbahn ist jetzt dazu übergegangen, ihre Tarife der Geldentwertung einigermaßen anzupassen. Trotzdem muß noch mit einem Defizit gerechnet werden, das für das nächste Halbjahr auf 450 Millionen belaufen wird. Das ist im Grunde genommen nur eine kleine Zahl, weil der Ausfall der Einnahmen aus dem Ruhrgebiet nicht gerechnet ist. Für die Eisenbahn ist die Subvention etwas katastrophales, weil von dort immer der Ueberschuß der Bahnverwaltung in Friedenszeiten kam. Es wird zu prüfen sein, ob es möglich ist, mit den Tarifen wieder der Entwertung nachzugehen. Ich muß den Gedanken vertreten, daß die Eisenbahn einen großen Teil des Defizits decken muß. Eine völlige Deckung ist angesichts der Subvention nicht möglich. Eine definitive Lösung der Finanzfrage ist überhaupt nur außenpolitisch zu erwarten.

Die Besoldungszuschußübernahme an Länder und Gemeinden:

Auch hier sind wir in kolossale Ausgaben hineingekommen. Wenn wir im Juli noch Ausgaben von 6 Billionen gemacht haben, so müssen wir im August wieder mit einer Verdreifachung dieser Summe rechnen.

Ein weiterer erheblicher Posten ist durch die Ernährungswirtschaft des Reiches

gegeben. Hier mußten Beträge bereitgestellt werden, um die Einfuhr von Getreide und von Getreide vom Ausland ins besetzte Gebiet zu sichern.

Zu diesen allgemeinen Ausgaben möchte ich ein paar Angaben über den Devisenbedarf des Reiches hinzufügen. Wir brauchen für die Einfuhr von Kohlen für die Eisenbahn, für die Ernährungswirtschaft, für das Eingreifen auf dem Devisenmarkt Summen, die, in Geldmillionen gerechnet, nicht unberücksichtigt sind.

Zusammenfassend ist unsere Situation so, daß trotz der neuen Steuern ein starker Fehlbetrag vorhanden ist, und daß die Finanzverwaltung ihnen Verschläge machen muß, wie diese Fehlbetrag vermindert werden kann. Ueber das Ausmaß läßt sich nichts sagen, weil das zum Teil vom Erfolg der Anleihe abhängt. In unserer Situation können wir Steuern nicht abbauen und nicht mildern. Ich verkenne nicht, daß vom Standpunkt der rein steuerlichen Theorie aus die Art und Weise, wie wir im Juli und August Steuern machen mußten, starker Kritik unterliegt, namentlich, daß der Fälligkeitsstermin und der Termin der Anleihezeichnung nahe zusammengerückt sind. Es ist richtig, daß die Komprimierung der Steuern auf einen Monat wirtschaftlich gewisse Härten in sich birgt. Wir sind aber heute in keiner geringeren Zwangslage als damals, als diese Steuern beschlossen wurden. Es waren Verhältnisse aus früherer Zeit gutzuwachen. Es war in dieser Situation vom währungspolitischen Standpunkte auch von gewissem Vorteil, daß so verfahren worden ist, weil wir diese Geldverknappung brauchen. Bei Geldfülle ist jede Stützungsaktion schwer und kostspielig. Ich wünsche eine gewisse Verknappung des Geldmarktes, einen gewissen Druck auf die Wirtschaft, damit sie gezwungen ist, ihre Warenbestände zu vermindern und evtl. Devisen zu verkaufen. In der Situation wird es möglich sein, mit energischen Mitteln und in großzügiger Weise dem Reich die Herrschaft über den Devisenmarkt zu verschaffen. Wir können ohne Beherrschung des Dollarkurses überhaupt keine Politik treiben.

keine Lohnpolitik, keine Preispolitik, überhaupt keine innere und äußere Politik, wenn wir nicht der Dollarbewegung Herr werden. Nichts macht die Außenpolitik des Reiches schwieriger als die Erwartung, daß die Zeit gegen Deutschland arbeitet, so daß man nur zu warten braucht, bis Deutschland kapituliert. So lange diese Stimmung vorherrscht, ist eine wirkliche Außenpolitik unmöglich. Wir brauchen deshalb im Interesse der Außenpolitik eine Beherrschung

des Devisenmarktes, um dann in ganz anderer Situation die Außenpolitik fortführen zu können.

Unser ganze Politik ist nichts anderes als eine Funktion des Dollarkurses im mathematischen Sinne. Wir müssen durch die Beherrschung des Dollarkurses erst die Grundlage schaffen für eine programmatische Politik. Die Grundlage dafür — und das soll in die Öffentlichkeit — ist eine

brutale Steuerpolitik.

Die wirtschaftspolitischen Forderungen müssen zurückgestellt werden hinter die währungsrechtlichen Notwendigkeiten, weil diese die zwingendsten Notwendigkeiten für den Bestand des Reiches geworden sind. Ich kann die Grundlagen dafür nur schaffen, wenn die Wirtschaft einsteht, daß sie sich um ihre Existenz, um die des Reiches handelt, daß sie das Äußerste daransehen müssen, um dem Reiche die notwendigen Devisen zur Verfügung zu stellen, die wir brauchen für die Aufrechterhaltung der Ernährung, der Eisenbahnen, der Beherrschung des Devisenmarktes.

Die Regierung hat sich deshalb ins Einobernehmen mit den Wirtschaftskreisen gesetzt. Sie haben erklärt, daß sie die Regierung unterstützen werden, weil sie die letzte politische Reserve ist, über die Deutschland verfügt, weil sie einsehen, daß eine verfassungsmäßige Regierung überhaupt unmöglich sein würde, wenn diese Regierung bankrott machen würde. Wir haben über die Möglichkeiten gesprochen, wie ein derartiger Devisenfonds geschaffen werden kann. Es ist uns aus Wirtschaftskreisen gesagt worden, auf dem Wege der Freiwilligkeit geht es nicht. Wir brauchen gegen diejenigen, die immer noch nicht begreifen, daß zwischen den Interessen des Reiches und der Wirtschaft kein Unterschied sein kann, auch Zwangsmassnahmen. Wir haben diese Dinge eingehend geprüft und sind vorläufig zu einer Lösung im Einobernehmen mit den Wirtschaftskreisen gekommen, die, wie ich hoffe, uns in der nächsten Zeit ausreichende Mittel zur Verfügung stellen wird. Ich hoffe, daß die Mittel um so rascher fließen werden, je weniger Zwang notwendig ist.

Wir sind zu einem Vorschlag gekommen, der davon ausgeht, daß für

je 10 000 M., die auf die erste Rate der Brotverorgungsabgabe gezahlt worden sind, ein Betrag von 1 M. Gold in Devisen bis zum 15. September 1923 zu liefern ist.

Wird der entsprechende Betrag nicht abgeliefert, so ist unter Eid zu versichern, daß ein ausreichender Betrag von Devisen am Stichtag nicht vorhanden ist. Wenn sich bei der Nachprüfung eine falsche Angabe herausstellt, ist

Zuchthausstrafe und wegen Meineid Konfiskation des Vermögens

angebroht. Als Gegenleistung soll nach Wahl den Abliefernden gegeben werden entweder Goldanleihe oder Verschreibung auf neue Goldnoten. In dem Fall, daß tatsächlich nachgewiesen wird, daß Devisenzahlung nicht möglich ist, wird Zahlung in Papiermark entsprechend dem Kurs am Stichtag angenommen. Erwogen wird noch, ob man einen Teil von Devisenzahlungen auf Steuerzahlungen annehmen will. Ich erwarte, daß auf diese Weise ein ausreichender Devisenfonds zur Verfügung gestellt wird. Sollte diese Erwartung nicht zutreffen, so werden wir in Ermüdungen eintreten, welche Maßnahmen dann ergriffen werden müssen. Die Regierung ist entschlossen, mit allen zweckmäßigen Mitteln sich diesen Fonds zu verschaffen.

Ein Wort über die Währungspolitik. Wir brauchen eine schnelle Wenderung der Reichsbankpolitik

im Sinne des Übergangs zu Goldkrediten und Goldnotizen. Ein großer Teil des Devisenbedarfs der Wirtschaft ist hervorgerufen durch das Bedürfnis nach Wertbeständigkeit. Das wertbeständige Referendum nötig sind, darüber ist kein Zweifel. Die Wirtschaft hatte bisher keine Gelegenheit sich wertbeständig zu sichern, als daß sie in die Waren ging, oder aber indem sie sich Devisen anschaffte. Es ist interessant, wie schwer es der Wirtschaft manchmal gemacht wurde, sich sonst wertbeständig zu sichern. Ich kenne einen großen Konzern, der für die Ausnutzung seiner Fabrikt durch die Franzosen im belgischen Gebiet eine größere Summe erhielt. Er wandte sich an die Reichsbank und ersuchte um eine wertbeständige Anleihe. Das wurde ihm abgelehnt, und er hatte kein anderes Mittel, als in Devisen zu gehen. Dieser Zustand muß endlich beseitigt werden. Es ist überhaupt notwendig, daß ebenso wie innerhalb der Regierung ein einseitiges Arbeiten der Ressorts stattfinden muß — und ich werde die Ansicht vertreten, daß die ganze Finanzgebarung der Ressorts klarer als bisher unter die Kontrolle des Finanzministeriums kommt — wie innerhalb des Kabinetts die Reibungen aufhören müssen, ebenso ist es notwendig, daß

die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Kabinetts und der Reichsbank in Übereinstimmung gebracht

werden. Es ist sonst unmöglich, überhaupt eine Politik zu treiben. Es ist Aufgabe der Regierung dafür zu sorgen, daß diese Ueber-einstimmung hergestellt wird.

Die Finanzlage, die wir als Erbschaft übernehmen mußten, ist wirklich ernst. Es wird aller Anstrengungen bedürfen, um eine Verschlechterung zu verhüten, um eine Verbesserung durchzusetzen. Dazu bedürfen wir in erster Linie Ihre Unterstützung, dann die der gesamten Wirtschaftskreise. Es muß sich in den nächsten Wochen und Monaten jeder Deutsche darauf einstellen, daß gegenwärtig

das Verbot des Staates unbedingt gewahrt werden muß. Wenn das nicht der Fall ist, können wir einen Zusammenbruch nicht verhüten. Was daraus hervorgehen würde, brauche ich Ihnen nicht auszumalen. Deshalb müssen alle egoistischen Rücksichten auf die Privatinteressen in der nächsten Zeit ausgeschaltet werden; wir müssen durch eine Sanierung unserer Finanzen und Währung dazu gelangen, daß wir die Grundlage erlangen, von der aus eine Politik überhaupt möglich ist, die das zu einem gedeihlichen Ende führt, was mir jetzt begangen haben.

Nach dem Minister-Hilferding gab Verkehrsminister Defer einen kurzen Ueberblick über die Lage der Eisenbahnbetriebsverwaltung. Er kündigte neue Tarifierhebungen an. In der Diskussion sprachen die Abgeordneten Altkauer (Z.) und Derenburg (Dem.). Beide Redner stimmten im allgemeinen der Devisenfassung zu. Nach ihnen sprach Genosse Wels. Er forderte energisches Eingreifen der Regierung, vollständige Erlassung aller Devisen gegen ein wertbeständiges Zahlungsmittel, Abschaffung der vierteljährlichen Vorauszahlungen der Beamtengehälter, drakonische Strafen gegen alle Verwahrloste, die Steuern zu hinterziehen. Die neue Regierung müsse es weit von sich weisen, mit dem Vorwurf belastet zu werden, daß sie das Geld verschuldet habe, das unter der alten Regierung heringebracht sei. Die Regierung müsse den Kampf der Staatsautorität gegen die übermächtig erstarrte Industrie und Wirtschaft durchführen. Sie repräsentiere in diesem Kampfe ein Volk von 60 Millionen und sie dürfe vor harten Maßnahmen nicht zurückweichen. Sie werde dabei die Unterstützung der Sozialdemokratie haben.

Die Sitzung dauert fort.

Morgen Reichskanzlerrede.

„Diktatur“ innerhalb der Grenzen der Verfassung.

Reichskanzler Dr. Stresemann wird morgen mittag um 1 Uhr in der Deutschen Gesellschaft vor einem kleinen Kreis des Industrie- und Handelslages das Wort ergreifen, um die Stellung der neuen Regierung zur Reparationsfrage darzulegen und auf die letzten Reden Poincaré's näher einzugehen. — Heute nachmittag um 6 Uhr findet ein Ministerrat statt; zur Beratung stehen laufende Angelegenheiten.

Nach der „S. J.“ soll der Reichskanzler gestern zu den Parteiführern gesagt haben, wenn das Finanzprogramm der Regierung nicht verwirklicht werde, dann gebe es kaum einen Weg zur Rettung. Wenn auch die Reichsregierung die Diktatur ablehne, so werde sie vor der Anwendung der Diktatur innerhalb der Grenzen der Verfassung nicht zurückweichen, um jeder Sabotage ihres auf die Konsolidierung der inneren Verhältnisse gerichteten Programms wirksam zu begegnen.

Die Ankündigung des Reichskanzlers läuft also auf eine „Diktatur der Mehrheit“ hinaus. Verände man unter Diktatur lediglich ein Gewaltverhältnis, die sich über die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamentsmehrheit hinwegsetzt, so wäre „Diktatur der Mehrheit“ ein Widerspruch in sich selbst. Was aber hier gemeint ist, ist eine rücksichtslos geltend gemachte des durch die Parlamentsmehrheit verkörpert verfassungsmäßigen Staatswillens. Diese verfassungsmäßige Diktatur zu verwirklichen, liegt im Interesse der Volksmehrheit, auf die sich die Parlamentsmehrheit stützt. Diktatur in diesem Sinne ist nichts als Ausführung der Verfassung.

400 Sonjettkriegerflugzeuge meldet der Korrespondent des „Star“ in Moskau. Trojtsch habe gestern in einer Rede erklärt, daß Rußland in drei Jahren 3000 Militärflugzeuge haben werde.

Ich denke an die Worte vom „roten General“, und alle die kriegerischen Vorbereitungen erscheinen mir plötzlich lächerlich und sinnlos. Sie töten den Geist nicht, auch wenn sie mit allen kleinen Mitteln der Schläne und Riedertracht arbeiten. Manchmal ohne Papier und Tinte, oder wenn sie wochenlang mir die Post vorantreiben, ist es ja schwer aber... Hier fällt ihm der Wärtter ins Wort und verbietet jedes „politische“ Wort.

Ich erzähle von dem Arbeiterjugendtag in Nürnberg, spreche von ihrem schönen Mut, ihrem Zukunftsglauben und ihrem Ernste, ein neues Leben herbeizuführen. Loller hört lächelnd zu. „Ich bekomme oft Briefe von jungen Menschen, die sind mir immer die liebsten, sie sind so ehrlich und unabsichtlich, grüßen Sie alle jungen Freunde von mir.“

Die Zeit vergeht. Der Wärtter mahnt. So'sel wäre noch zu besprechen. „Also nun ist es ja nur noch ein Jahr, und das geht ja auch herum, wenn man mir nur einen Spezialarzt gestatten möchte, das ist mein einziger Wunsch an Euch da draußen.“ Wir reichen uns zum Abschied die Hände, unwillkürlich gehen wir durch das kleine Gitterfenster nach dem Sommerhimmel. „Ich seh sie von meiner Ebene aus kommen. Ich kann das ganze weite Land sehen, obwohl ich nie hinauskomme. Aber es ist auch schön, alles zu sehen.“ Wir gehen die paar Schritte zur Türe, gleich ist der Besuch zu Ende, da sagt er halblaut und fast für sich: „Wenn ich rauskomme, dann gehe ich für einige Zeit ins Weite, ins Freie, irgendwohin, aber dann möchte ich ganz alle'n sein.“

Rurzer Abschied. Grüße an alle Freunde. Wieder Türenschließen und Schlüsselgedröhn. Ich bin draußen. Durch Sonnenglut und Mittagshitze geht der Weg zurück. Ich sehe mich nicht um, aber ich fühle das Gefängnis im Rücken.

Vom Bau des ersten transatlantischen Luftschiffes. Nach Bon-dener Blättermeldungen hat man mit dem Bau des ersten Ueber-seetageschiffes begonnen, das in den Dienst der Linie Hamburg-New York gestellt werden soll. Das nach einer Zeichnung des holländers Borner konstruierte Luftschiff soll eine Länge von 289,78 Meter und eine Breite von 25,32 Meter erhalten. Es wird mit zwölf Motoren von 260 Pferdekraften ausgestattet, deren jeder einen Propeller antreibt. Alle diese Propeller können gruppenweise in Betrieb gesetzt werden. Nach den Berechnungen soll das Schiff die Reise in 45 Stunden ausführen. Es hat Platz für 300 Passagiere, die hier allen den auf den Niederdampfern gebräuchlichen Luxus finden. Selbst ein hängender Garten ist vorgesehen. Die Küche erhält elektrische Heizvorrichtung. Die Befehle des Brannes und der Explosion wird durch dreifache Sicherung nach Möglichkeit ausgeschaltet. Die das Wasserstoffgas enthaltende Wirtze des Luftschiffkörpers wird in einem mit Stahtstift gefüllten Kasten eingeschlossen, wodurch die Feuergefahr ausgeschlossen werden soll. Aus diesem Grunde wird man an Bord des Luftschiffes auch rauchen dürfen. Vergessen ist zunächst ein halbwochentliches Dienst.

Bayern verhängt die Sperre.

Ueberschreitung der Kompetenzen.

Die bayerische Staatsregierung erläßt einen Aufruf, in dem es heißt:

Unter dem Druck des Versailleser Gewaltfriedens sieht die Not von Tag zu Tag. Der rechtswidrige Ruhereinbruch hat die Not ins Untrügliche anwachsen lassen. Es geht Verzweiflungsstimmung durch das Land. Die jüngsten Ereignisse im Reich haben im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel diese Sorge in weitere Kreise getragen. All das suchen gewissenlose Elemente für ihre Umsturzbestrebungen auszunutzen. Dem bedrängten Vaterlande können aber nicht Kommunismus und Bolschewismus, nicht neue politische und wirtschaftliche Abenteuer Rettung bringen. Helfen kann nur zielbewusstes Handeln, das dem Volke Arbeit und Brot, Freiheit und Sicherheit gewährleistet. Für dieses Ziel wird die bayerische Staatsregierung alles einsetzen, was in ihrer Macht steht. Als nächste Maßnahmen hat der Ministerrat beschlossen: Zur weiteren Sicherung der Brot- und Rohstoffversorgung werden die Restbestände von Getreide aus der Ernte 1922 unverzüglich der Bearbeitung und dem Gebrauch zugeführt werden. Die neue Brotgetreideernte wird in bestimmten Zeiträumen zum Tagespreis in den öffentlichen Verkehr gebracht.

Wertbeständige Anleihen des Reiches und anderer Körperschaften ermöglichen den Landwirten die Anlage des Ertrages ohne Gefährdung der Wertminderung. Für Mühlen und Lagerhäuser wird die Auskunftsspflicht über die Getreide- und Restbestände eingeführt. Handel und Genossenschaften werden aufgefordert, wie bisher in erster Linie den bayerischen Bedarf zu bedenken. Für die Kartoffelversorgung ist durch reichliche Zufuhren neuer Auslands- und Inlandsartoffeln Sorge getragen, was auch eine Senkung der Kartoffelpreise erwarten läßt. Die Wiedereinführung des Frachtbrieftzwanges bei Kartoffelverlad steht bevor. Für Vieh und Fleischversorgung wird ebenfalls eine Versand- und Vertriebskontrolle eingeführt. Die Reinigung des Handels von überflüssigen und unzuverlässigen Verhältnissen wird nachdrücklich fortgesetzt. Durch weitere Ausgabe von Notgeld wird die Zahlungsmittelknappheit bekämpft werden. Trotz allen Schwierigkeiten bietet die Ernährungslage keinen Anlaß zu übertriebene Befürchtungen. Bei der Durchführung dieser Maßnahmen baut die bayerische Staatsregierung auf die Vaterlandsliebe und den Gemeinsinn des bayerischen Volkes. Die unbeugsame Standhaftigkeit des bayerischen Gebietes, namentlich unserer gepfeinigten Pfalz, soll uns leuchtendes Vorbild sein.

Dieser Aufruf der bayerischen Regierung birgt trotz seines harmlosen Inhalts eine große Gefahrenquelle. Selbst die doch sehr bayernfreundliche „Deutsche Tageszeitung“ sagt dazu:

Die sich über die Kompetenzen der Reichsregierung und über ihre Ablehnung bayerischer Vorschläge und Forderungen hinwegsetzenden bayerischen Maßnahmen sind schwerwiegend und von größter Bedeutung, ebenso auch die politischen Auslassungen der bayerischen Staatsregierung im Eingang ihres Aufrufes.

Das Reich hat — gegen den Willen der Sozialdemokratie — die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel beseitigt. Die Regierung Anstalt führt sie auf Umwegen und nur für Bayern wieder ein. Mit der Einführung des Frachtbrieftzwanges für Kartoffelversendungen greift die bayerische Regierung ganz deutlich und bewußt in die Rechte der Reichsbohnenverwaltung ein. Sie darf sich nicht wundern, wenn die Reichsregierung sie höflich, aber hoffentlich sehr bestimmt auf die Grenzen ihrer Machtvollkommenheit aufmerksam macht. In Wirklichkeit zielt die Verordnung augenscheinlich auf eine Absperrung Bayerns vom Reiche ab, wenigstens soweit die Lebensmittelversorgung in Betracht kommt. Auf das Ruhrgebiet und die übrigen unter der Besetzung leidenden deutschen Gebietsteile wird diese bayerische Referatpolitik sicher einen begeisterten Eindruck machen.

Besuch in Nieder-Schönenfeld.

Von Hans Wefemann.

Eine Stunde lang geht man von der kleinen bayerischen Station nach der Festung, immer an gemähden Feldern und Kleeuendenden Wiesen vorbei, umschadert von Rüdendanz und mit dem freien Blick auf reiche Höhenzüge in der Ferne. Aber stärker zieht eines immer wieder das Auge an, ein kleiner weißer Wirtel mit schwarzem Streifen darauf, der inmitten roter Dächer und grünem Laube sich behauptet als Mittelpunkt dieser idealisierenden Landschaft, die er bestimmt. Man weiß es gleich: Das ist das Gefängnis.

Gärten mit bunten Boxenblumen rahmen die Festung ein, in den Gassen des kleinen Dorfes schnattern Gänse, und aus den Höfen her stampft die Dampfmaschine. Wie gerne glaubte man an ein Idyll! Aber hinter den hohen Spallieren sieht das schärfere Auge starke Mauern, Stadtdraht ist kunstgerecht mit dichten Laubengängen verflochten und überall zweckmäßig versteckte Posten mit Hinten und Signalpfeifen, von großen Hundebegleitern, deren Wachsamkeit jede noch so schnelle Flucht vereiteln müßte.

In der Wachtstube dann langes Verhör. Zwar hat mir die habe bayerische Obrigkeit nach zweimaliger Verweigerung eine Stunde Besuchszeit gewährt, aber da ich erstens aus Berlin komme und zweitens, wie mir der Herr Festungsorstand erzählt, Loller eine staatsgefährliche Person ist, müssen bestimmte Vorkehrungsregeln beachtet werden, als da sind: Unterredung unter Aufsicht und die eidesstattliche Versicherung, daß ich keine Aus- und Einbruchswerkzeuge zur Gefangenenerrettung einschmuggeln. Ein kleiner Strauß von Wiesenblumen erregt Aufmerksamkeit, er wird durchsucht auf versteckte Papiere. „Die verschiedenen Farben können ja ein Signal bedeuten, wir haben schon so etwas erlebt.“

Dann darf ich Loller sehen. Durch lange Gänge werde ich eskortiert, sechsmal wird auf- und zugeschlossen. Schließlich am Ziele vor einer Gittertüre, die einen langen Gang abschließt, ein Strahlend sieht durch die Gitter und mit schmerzlicher Regier misst er uns. Wärtter sammeln sich, flüsternde Beratung. Ich werde in die Sprechstube geführt, ein Posten mit Gewehr über bleibt an der Türe. Gleich darauf kommt Loller. Wir halten uns einen Augenblick schweigend an der Hand, zuviel an Erinnerung und Bewegtsein, um jetzt zu reden. Dann sitzen wir an dem kleinen Tisch und reden. Keine Politik, die ist verboten — und bleibt auch belanglos bei so vielem Wichtigem. Ich frage nach seiner Arbeit. Er lächelt, zeigt mir Manuskripte, ein larisches „Schwalben-Ed“. Der Inhalt ganz gelöst, Klänge, Trümmern, lehrfähiger Flug der Seele über Gefangenschaft und lockende Einsamkeit hinaus. Als ich die langen Monate in Einzelhaft sah, waren diese kleinen Vögel meine einzigen Freunde, ich mußte das Buch für sie schreiben — und diese kleinen Dinge sind so wichtig und schön, wenn man nur einmal Zeit für sie übrig hat.

Hohn für geistige Arbeit. Zu dem Brief des Prof. Jacobsohn-Bast, den wir in Nr. 284 veröffentlichten, ersucht uns die Universitätskammer um folgende Berichtigung:

Dem Professor Jacobsohn-Bast stehen nur die Honorare der seine Vorlesungen besuchenden Studierenden zu, da er nicht Professor an der Universität, sondern Privatdozent (mit dem Titel Professor) und deshalb gleich den Angehörigen anderer freier Berufe auf die Einnahmen aus Honoraren angewiesen ist, aber keine Staatsbezüge erhält. Die Universitätskammer war deshalb nur in der Lage, das für Professor Jacobsohn aufkommene Honorar an ihn abzuführen. Dies betrug, da er nur einen Zuhörer hatte, 1200 M., von denen 4 M. Ueberweisungsgeld abgezogen wurden. Auch dieser Betrag stand ihm übrigens nicht zu, weil er — wie er erst nach Ueberweisung des Geldes angezeigt hat — überhaupt nicht gelesen hatte. Kunmehr muß dieser Betrag dem Studierenden wieder zurückgezahlt werden.

Prof. Jacobsohn bemerkt dazu:

Mein Brief war nicht an die Qualität der Universität gerichtet, sondern an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. Die Qualität ist nur eine Selbsterwertungsbehörde und deshalb auch gar nicht berufen, zu dem Problem der Dozentenbesoldung Stellung zu nehmen, sondern das ist Sache der obersten Instanzen, d. h. des Ministers. Dieser ist dafür mitverantwortlich, daß einmal eine Reihe von Dozenten beamtet und damit selbstbesoldet wird, eine andere Reihe, die wissenschaftlich auf gleicher Höhe steht und längere Jahre an der Universität als Lehrer gewirkt hat, nicht. Und er ist dafür verantwortlich, daß ein Dozent in der jetzigen Zeit, ganz gleich, ob er einen oder hundert Hörer hat, ein Honorar für ein halbes Jahr geistiger Anstrengung erhält, das bei weitem geringer ist als der Verdienst, den ein Arbeiter für eine Stunde Arbeit erhält. Denn bei hundert Hörern würde er als Semesterhonorar etwa 120 000 M. erhalten. Mein Brief hatte den Zweck, dem Herrn Minister einmal gründlich die Augen zu öffnen, damit er für Abstellung dieser schreienden Mißstände Sorge trage.

Die Ausdehnung des Staatlichen Bankbaus in Weimar hat gleich in den ersten Tagen nach ihrer Eröffnung bemerkt, wie hart der Übergang in unsere Zeit entspricht. Täglich besuchen sie 10 000 Fremde. Gezeugnisse im Werte von fast einer Milliarde sind bereits verkauft.

Eine Autographensammlung für die deutsche Staatsbibliothek. Der Reichstag hat am 19. März die Beschlüsse der herangezogenen Kommissionen verlesen und mit diesen Mitteilungen in einer Beschlusse gefaßt, abermals die sehr reichhaltige Sammlung von Autographen des Reiches von 1830—1890 der preussischen Staatsbibliothek. Die Schenkung vermehrt die reichhaltige Sammlung solcher Autographen bei der Staatsbibliothek bedeutend.

Schlange in Deutschland. Da in Deutschland noch jährlich etwa 60 Tausend von Schlangen gebissen werden, dürfte vielen unbekannt sein. Aber die amtliche Statistik meldet diese Fälle: Regierungsbezirk Gumbinnen 2 Fälle, Allenstein 4, Frankfurt a. d. O. 1, Adeln 7, Westlau 2, Pommern 3, Danzig 3, Schwedt 1, Pommern einige (genaue Angabe fehlt). Es dürften in der Zeit noch mehr sein, da gewiß nicht alle Fälle zur Kenntnis der Reichsstatistik kommen. Todesfälle an Schlangenbissen sind indessen in letzter Zeit nicht bekannt geworden.

Aus dem kommunistischen Tollhaus.

Die Firma Radet-Kewentlow wittert erneut Verat. Unlässlich der Note Polincars und der Möglichkeit einer deutsch-französischen Verständigung erläßt die „Rote Fahne“ folgendes Pronunciamento:

„Herrn Polincars einerseits und den Herren Stresemann-Hülseher andererseits sei hiermit klar bedeutet, daß gegen diese Art der „Verständigung“ auf Kosten der werktätigen Massen und auf Kosten des territorialen Bestandes und der Unabhängigkeit Deutschlands die kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs alle revolutionären Kräfte der werktätigen Massen und alles Gefühl für die nationale Würde, wo immer es auch noch lebendig ist, mobilisieren würden. Kampf bis aufs Messer einem solchen Diktat, Kampf bis zum letzten Hauch der Desterreichisierung Deutschlands!

Die werktätigen Massen, wie alle ehrlich national fühlenden Kreise, wo immer sie auch sind, mögen auf der Hut sein! Mögen sie scharf alle geheimen Zettelungen überwachen. Schöner können auch Bulle und Knüppel-Kunze nicht drohen. Rechter Hand, linker Hand — alles verkauft!

Wertbeständige Kohlenpreise.

Aber neue Erhöhung in Sicht.

Wolffs Bureau teilt heute mit: In der am Dienstag abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats, an der sich vorübergehend auch der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer beteiligte, wurde auf dessen Anregung die Frage der Einführung wertbeständiger Zahlung in der Kohlenwirtschaft erörtert um den Kohlenpreis weniger mit den für die unvermeidlichen Zahlungsfristen erforderlichen Forderungszuschlägen zu belasten. Die vom Vorstand des Reichskohlenverbandes vorgeschlagenen Richtlinien fanden grundsätzliche Zustimmung und sollen schnellstens in einem Ausschuss durchgeleitet werden. Durch die Einführung wertbeständiger Zahlung wird sich voraussichtlich allmählich etwas am Grobpreis der Brennstoffe sparen lassen. Im Steueranschluß des Reichskohlenrats wurde auf Wunsch des Reichsfinanzministers vor einer Beschlussfassung über die Aufhebung der Kohlensteuer vorläufig abgesehen, um die weitere Entwicklung der Saluta abzuwarten. Die im „Reichsanzeiger“ vom 20. August veröffentlichten prozentualen Zuschläge zu den Brennstoffverkaufspreisen des Reichskohlenverbandes bleiben mit Wirkung vom gleichen Tage ab bis auf weiteres bestehen. Spätestens ab 27. August dürften sie eine neue Erhöhung erfahren, da der ihrer Berechnung zugrunde liegende Schiedsspruch für die Löhne im Bergbau von den Arbeitnehmern nicht angenommen worden ist. Neue Lohnverhandlungen sind bereits im Gange.

Man hatte erwartet, daß der Reichswirtschaftsminister die ungeheure Steigerung der Kohlenpreise unterbinden würde. Statt dessen wird eine neue Erhöhung angefündigt, und zwar schon von nächster Woche an. Natürlich sollen daran auch wieder die Arbeiterlöhne schuld sein. Die Arbeiterlöhne sind ja an allem Elend der Welt schuld.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Der Dehne-Prozess.

Celzig, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Richter begann vor dem Reichsgericht heute die Verhandlung gegen den Schriftsteller Walter Dehne in Berlin, der wegen Hochverrats angeklagt ist. Der Hochverrat wird bekanntlich darin gefunden, daß Dehne in den Jahren 1921 bis 1923 fortgesetzt Nachrichten ins Ausland gelangen ließ, deren Geheimhaltung für das Wohl des deutschen Volkes erforderlich sei. Die Verteidigung liegt in den Händen des Justizrats Dr. Werthauer und des Rechtsanwalts Dr. Lepi. Der Reichsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit, die Verteidiger bekämpften diesen Antrag und verlangten mindestens die Zulassung der Pressevertreter. Dr. Lepi begründete dieses Verlangen vor allem damit, daß die Presse in der Lage sei, die Dinge beurteilen zu können. Der Reichsjustizminister und das thüringische Staatsministerium haben für den Fall, daß die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird, Vertreter entsandt und um deren Zulassung gebeten. Der Gerichtshof hat für die Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Er hat nicht anerkennen können, daß ein so besonderes Interesse der Presse vorliege, daß die Anwesenheit der Pressevertreter als notwendig anzuerkennen sei.

Spanische Offensive in Marokko.

Madrid, 23. August. (Z.) Die angekündigte spanische Offensive begann heute mit Unterdrückung der Flotte und zahlreicher Flugzeuge. Mehrere Kolonnen traten bereits um Mitternacht den Vormarsch an. Die Militärbehörden verhalten sich hinsichtlich der geplanten Maßnahmen sehr reserviert. Es ist vornehmlich beachtlich, zunächst die Sicherheit der vordersten Linien zu sichern, doch scheint ein weiterer Vormarsch ins Landesinnere nicht ausgeschlossen.

Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund. Wie bereits gemeldet, tritt am 20. August der Völkerbundstar unter Vorsitz des Grafen Nitti in Genf zusammen. Unter anderem steht auf der Tagesordnung auch die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde, für die insbesondere Lord Robert Cecil und General Smuts aus der Ermöglichung heraus eintreten, daß dann der Völkerbund eher in der Lage sein werde, eine wirksame Lösung des Reparations- und Ruhezproblems und der gesamten wirtschaftlichen Lage Europas einzuleiten.

Amtliche Devisenkurse.

	23. August		22. August	
	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs	Käufer- (Geld-) Kurs	Verkäufer- (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	1995000.—	2500000.—	2094750.—	2103250.—
1 argent. Pap.-Peso	1673900.—	1844100.—	1695750.—	1704250.—
1 belgischer Franc	223440.—	224580.—	229700.—	240800.—
1 norweg. Krone	827925.—	882073.—	867825.—	872175.—
1 dänische Krone	9429375.50	947898.50	987525.—	992475.—
1 schwedische Krone	1246625.—	1353875.—	1411482.50	1418537.50
1 finnische Mark	145835.—	146305.—	149825.—	150875.—
1 japanischer Yen	2468812.50	2481187.50	259350.—	2668500.—
1 italienische Lire	219450.—	220550.—	229425.—	230575.—
1 Pfund Sterling	22942500.—	23058500.—	24189500.—	24280500.—
1 Dollar	5087300.—	5092800.—	5286750.—	5313250.—
1 französisch. Franc	2-3290.—	284710.—	301245.—	302755.—
1 brasilian. Milreis	48378750.—	486212.50	513712.50	516287.50
1 Schweizer Franc	917700.—	922300.—	937600.—	962400.—
1 spanische Pesta	675807.50	678092.50	704235.—	707765.—
100 türk. L. (geil.)			7481.—	7519.—
1 tschechische Krone	149925.—	150875.—	155610.—	156890.—
1 ungarische Krone	28928.—	285.72	293.25	300.75
1 bulgarische Lira	42392.—	43106.—	43892.—	47118.—
1 jugoslaw. Dinar	52668.—	52832.—	53880.—	56140.—

Um den Gaspreis.

In den folgenden Ausführungen nimmt der Magistrats-Dezernent für die Berliner Gaswerke, Stadtrat Gen. Dr. Treitel das Wort, um die juristische Stellung des Magistrats in der Gasfrage zu klären.

Selten hat eine wirtschaftliche Maßnahme im kommunalen Leben unserer Stadt so tiefgehende Erregung hervorgerufen, wie die Ende Juli 1923 vom Magistrat veröffentlichte Bekanntmachung, nach der fortan der Gaspreis nicht mehr monatlich, sondern wöchentlich festgesetzt wird. Bis dahin wurde der Gaspreis einmal im Laufe des Monats festgesetzt mit der Wirkung, daß er von der Standaufnahme in diesem Monat bis zur Standaufnahme im folgenden Geltung hatte. Der so festgesetzte Preis kam im Laufe des folgenden Monats zur Berechnung und Erhebung.

Das neue Verfahren unterscheidet sich von dem alten dadurch, daß nunmehr unter Aufrechterhaltung der monatlichen Standaufnahme in jeder Woche ein neuer Preis für die Zeit seit der letzten Standaufnahme festgesetzt und erhoben wird. Daß dieses Verfahren in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet ist, nachdem seit Juli durch die Unzulänglichkeit der früheren Regelung dem ungeheuren Währungsverfall irgendwelche Schranken und Hindernisse nicht gesetzt worden sind, bedarf keiner Hervorhebung, zumal das Gas zu den wenigen Gegenständen gehört, die noch auf Kredit, und zwar auf einen Kredit von über 4 Wochen, jedermann geliefert werden. Zur Illustration sei nur angeführt, daß bei der Festsetzung des Gaspreises im Juni (1200 M. pro Kubikmeter) die Gaswerke pro Tonne Kohlen frei Wert 304 000 M. zu zahlen hatten, während der Kohlenpreis heute (Gaspreis 200 000 M. pro Kubikmeter) auf nicht weniger als 53 Millionen Mark pro Tonne zu stehen kommt, und leider noch immer keine Aussicht auf Stillstand in der Kohlenpreisbewegung vorhanden ist. Während man vielfach die Notwendigkeit und Begründetheit der wöchentlichen Gaspreisfestsetzung anerkennt, glaubt man, rechtliche Bedenken gegen das Verfahren des Magistrats geltend machen zu müssen. Der Konsument, dem bei der Standaufnahme in der Woche vom 20. bis 26. August ein Gaspreis von 200 000 M. für die Zeit seit der letzten Standaufnahme an gerechnet wird, fühlt sich einmal dadurch beschwert, daß dieser Preis für die ganze Zeit seit der letzten Standaufnahme gezahlt werden muß, also rückwirkend, und andererseits dadurch, daß ein mehr oder minder entfernt wohnender Nachbar, bei dem die Standaufnahme in einer früheren Woche stattfand, einen erheblich niedrigeren Preis (60 oder 20 000 M.) zu zahlen hatte. Die Bedenken richten sich also einmal gegen die sogenannte Rückwirkung des neuen Preises und zweitens gegen die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Konsumenten. Daß ein Verbraucher, der eine Woche später einen Gegenstand bezahlt als ein anderer, mehr bezahlt als dieser andere, sollte in jetziger Zeit verständlich sein. Erheblicher erscheint der zweite Einwand, daß die jeweilige wöchentliche Preisfestsetzung auf den Zeitpunkt der vorhergehenden Standaufnahme zurückwirkt. Dieser Einwand erledigt sich dadurch, daß in Berlin wie in allen größeren Gemeinden Deutschlands die Standaufnahme nur einmal monatlich erfolgen kann. Es sind in Berlin über eine Million Gaskonsumenten vorhanden, deren Verbrauch nur monatlich einmal festgestellt werden kann, wenn die hierzu notwendigen Arbeitskräfte wirtschaftlich ausgenutzt werden sollen. Bei einer sich über den ganzen Monat erstreckenden Standaufnahme ergibt sich mit Notwendigkeit bei wechselnden Preisen stets eine verschiedenartige Behandlung der einzelnen Verbraucher. Deswegen wurde auch selbst bei monatlichen Preisveränderungen dieser Preis nicht von einem bestimmten Tage, sondern von der im Laufe des Monats stattfindenden Standaufnahme an festgesetzt. In dem neuen Verfahren hat sich also gegenüber dem früheren nur formal geändert, als der Zeitraum, in dem der neue Preis zur Anrechnung und Erhebung kommt, von einem Monat auf eine Woche verringert ist, während der Zeitraum, für den er zur Anrechnung kommt, der gleiche geblieben ist.

Das vereinfachte Verfahren.

Eine neue Art von Falschmünzerei.

Als die Stadt Berlin ihre alten Notgeldscheine mit neuen Wertziffern versehen in den Verkehr gebracht hatte, werden sicherlich viele Empfänger daran gedacht haben, daß es nicht zu großer Feindseligkeit bedürfte, um sich selbst in ähnlicher Weise zu helfen. Nun wird mitgeteilt, daß ein Ingenieur seit vom Kurfürstendamm verhaftet wurde, weil er das von der Stadt angewandte Verfahren zur „Veredelung“ des Haversteineubels angewandt hatte. Seit gab in verschiedenen Wirtschaften am Kurfürstendamm, wo er große Zechen machte, Reichsbanknoten aus, die in der gleichen Art wie das Notgeld der Stadt bearbeitet waren. So hatte er alte braune Tausendmarkscheine durch netteren Ueberdruck in Zehn-millionenscheine verwandelt, andere mit größerer Selbsteidenheit in 5000- und 10 000-Markscheine. Er erzählte den Zeugen, daß das Reich es jetzt ebenso mache wie die Stadt Berlin. An mehreren Stellen fand er auch Glauben und Mönchener. Andere waren jedoch vorsichtiger und erkundigten sich an den zuständigen Stellen. So kam der Schwindel ans Licht. Der Berausgaber der Fälschungen wurde ermittelt und festgenommen. Er versuchte sich damit herauszureden, daß er die Scheine selbst in Zahlung erhalten und gutgläubig wieder ausgegeben habe, wurde jedoch von der Kriminalpolizei der Staatsanwaltschaft vorgeführt.

Griechische Räuber.

Ein Raubüberfall mit Verwundung, der in Wildbad an einer Griechin verübt wurde, beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei, weil die Räuber zwei Griechen sind, die angeblich in Berlin studierten. Die beiden stiegen in Wildbad in einer Pension ab, in der bereits eine Griechin wohnte. Sie nannten sich Hippolyt und Christo Papanis und erzählten, daß sie in Berlin studierten. Vorgefunden nachmittags zwischen 2 und 3 Uhr stelen die beiden über ihre Bonndamm hin her, betäubten sie mit irgendeinem Mittel, fesselten sie an Händen und Füßen und raubten ihr 150 englische Pfund, 200 französische Franc, 20 Dollar, 1135 Drahmen und 250 Dinar. Wie festgestellt wurde, fuhren sie mit der Beute in einem Auto von Wildbad nach Baden-Baden und von dort mit dem Schnellzug nach Berlin ab. Wahrscheinlich werden sie verhaftet, das ausländische Geld bei Banken oder Wechselstuben in deutsches umzuwandeln. Mitteilungen über ihr Aufsuchen nimmt das Raubdezernat Berneburg im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums entgegen.

Zwecklose Wucherbekämpfung.

Eine bekannte Berliner Großfirma hatte auf ihrem Kohlenplatz in der Gleimstraße einen Selbsthohler die Kohlen zu einem Preise berechnen, der noch nicht in Kraft, ja noch nicht einmal bekanntgegeben war. Zu dem an dem betreffenden Tage geltenden Preise wurde die Abgabe verweigert; aber erklärt, der Kunde könne die Kohlen bekommen gegen Stellung einer Kaution von 2745 000 M. für den Zentner. Würde der Preis noch höher sein, so wäre der Rest nachzugeben. Der Selbsthohler benachrichtigte das nächste Polizeirevier, worauf ein Beamter kam und die Personellen des Leiters des Kohlenplatzes sowie des beschwerdeführenden Kunden feststellte. Damit entfernte sich der Beamte wieder. Kohlen zum Tagespreis bekam der Kunde nicht, auch dann nicht, als ihm die Kohlenstelle auf seinen Anruf hin versichert hatte, die Kohlen müßten ihm zum Tagespreis abgegeben werden, andernfalls soll er Strafandrohung stellen. Anstatt dieses Holles muß man sich fragen, warum hier so milde verfahren wurde. Einem Kleinhändler wären unannehmlich die vorhandenen Kohlen sofort beschlagnahmt und zum Tagespreis verkauft worden. — Auch hier muß doch wohl gleiches Recht für alle gelten.

War der Magistrat zu dieser Veränderung berechtigt?

Auf diese Frage geben die Gaslieferungsbedingungen, die der Magistrat im März 1922 publiziert hat, und die die Grundlage der Rechtsbeziehungen zwischen Gaswerk und Verbraucher bilden, erschöpfende Auskunft. In den Bedingungen für die Entnahme von Gas aus den Berliner städtischen Gaswerken ist klipp und klar gesagt, daß der Gaspreis jeweils von den Gemeindebehörden festgesetzt wird (§ 9), daß die Berechnung und Begahlung des zugeführten Gases allgemein monatlich erfolgt (§ 10) und daß schließlich die Gemeindebehörden sich ausdrücklich vorbehalten, bis zum Ende eines Monats eine anderweitige Gaspreisfestsetzung anzuordnen (§ 9, Satz 2). Nach § 19 der Bedingungen bleibt die Abänderung der Bedingungen jederzeit vorbehalten. Die neuen Bedingungen treten für jeden Abnehmer unter Aufhebung der zuvor geltenden Bestimmungen (sowie nach erfolgter Bekanntmachung in Kraft).

Von dieser Abänderungsermächtigung hat der Magistrat am 26. Juli 1923 Gebrauch gemacht. Er hat die Gaslieferungsbedingungen dahin abgeändert, daß von der monatlichen zur wöchentlichen Festsetzung der Preise übergegangen wird. Vielfach sind die die neuen Preisfestsetzungen des Magistrats enthaltenden Bekanntmachungen des Magistrats von dem verbrauchenden Publikum nicht richtig gelesen worden. Es wird nämlich häufig angenommen, daß das in der Woche vom 1. bis 5. August verbrauchte Gas 6000 M., das in der Woche vom 6. bis 12. August verbrauchte Gas 20 000 M., das in der Woche vom 13. bis 19. August verbrauchte Gas 60 000 M. und das in der Woche vom 20. bis 26. August verbrauchte Gas 200 000 M. kostet. Das ist nicht richtig und steht in keiner der Bestimmungen des Magistrats. In den Bekanntmachungen des Magistrats heißt es vielmehr: Für den seit der letzten Rechnungsabteilung festgestellten Verbrauch haben die Abnehmer, bei denen die Standaufnahme in der Woche vom 20. bis 26. August 1923 erfolgt, für einen Kubikmeter 200 000 M. zu zahlen.

Also:

Wenn bei einem Abnehmer eine Standaufnahme in der Woche vom 20. bis 26. August erfolgt, so ist die bei dieser Gelegenheit zur Berechnung gelangende Gasmenge — d. h. die seit der letzten Standaufnahme verbrauchte Gasmenge — mit 200 000 M. pro Kubikmeter zu berechnen.

Es ergibt sich also aus dieser Fassung, daß nur dann, wenn ein Standaufnehmer in der Woche vom 20. bis 26. August einen Gasstand aufnimmt, für die Zeit seit der letzten Standaufnahme 200 000 M. als Preis für verbrauchtes Gas zur Erhebung kommen. Kommt ein Standaufnehmer in der Woche vom 20. bis 26. August nicht, so kommt der Preis für den Konsumenten gar nicht in Frage; für diesen Konsumenten kommt vielmehr der Preis in Betracht, der in der Woche gilt, in der der Standaufnehmer zu ihm kommen wird. Hierbei ist nun noch einzufügen, daß nach den neuerlichen Ausführungsbestimmungen des Magistrats jeder Verbraucher berechtigt sein soll, durch Vorauszahlungen für 1—2 Wochen den jeweils in der Zahlungswoche geltenden Preis auch für sich zur Anwendung zu bringen. — Es handelt sich also um eine Abänderung der Gaslieferungsbedingungen, zu der der Magistrat nach § 19 der Gaslieferungsbedingungen berechtigt ist.

Es ist bereits hervorgehoben, daß sich der Magistrat zu der Abänderung der Gaslieferungsbedingungen und zur wöchentlichen Festsetzung des Gaspreises lediglich aus wirtschaftlichen Gründen entschlossen hat. Es stand die Existenz der Werke auf dem Spiel. Die Frage nach einem mehr oder minder großen Gewinn kam überhaupt nicht in Betracht. Es handelte sich lediglich darum, den Werken ihr Fortbestehen in dieser schweren Zeit zu ermöglichen. Es wäre eine wirtschaftliche Katastrophe ohne Gleichen geworden, wenn der Berliner Bevölkerung, die über Kohlenvorräte im allgemeinen nicht verfügt, durch ein Erliegen der Gaswerke diese Heiz- und Lichtquelle entzogen worden wäre. Stadtrat Dr. Treitel.

Die Gemeinschaftsschule im 19. Bezirk.

Durch Erlass des zuständigen Ministers ist die Gemeinschaftsschule des 19. Bezirks zum 1. Oktober in den Räumen der 2. Gemeindefschule zu Niederschönhausen genehmigt. Es werden zunächst acht Gemeinschaften eröffnet. In den nächsten Tagen werden den gemeinsamen Kindern von den Schulen gedruckte Formulare übergeben, die von den Eltern zu unterschreiben und dann dem Rektor der betreffenden Schule zurückzugeben sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die bereits zweimal erfolgten mündlichen oder schriftlichen Anmeldungen der Eltern bei dem Genossen Rektor Ziebert aus formalen Gründen nicht genügen. Die Schulbehörde verlangt eine nochmalige Anmeldung auf den vom Schulausschuss hergestellten Formularen. Diesem Verlangen muß Rechnung getragen werden, so überflüssig diese Forderung auch ist, da ja die Eltern bereits mehrmals ihren Willen in dieser Sache schriftlich bekundet haben. Sollte — vielleicht versehenlich — das eine oder andere Kind kein Formular erhalten, so bitten wir die Eltern, einem Mitglied des Aktionsausschusses Mitteilung zu machen. — Der geistige Elternabend hat bemittelt, daß trotz des langen Kampfes und der Hinauszögerung der Eröffnung der von uns geforderten Schule die Elternschaft nicht müde geworden ist; vielmehr steigt die rege Aussprache, wie stark bei uns das Interesse für die neue Erziehung unserer Jugend ist. Niemand verläume die geforderte Unterstreichung! Davon allein hängt das Werden der neuen Schule ab.

Eine kostbare Base von Millardenwert ist aus dem Empfangsraum der Porzellanmanufaktur in Charlottenburg gestohlen worden. Hier erschien ein Mann, der sich Brandis nannte und aus Chile zu kommen angab und erklärte den Angestellten, daß er große Aufträge für sein Heimatland zu vergeben habe. Ein Angestellter nahm nun ihm die Besuchskarte in Empfang, um sie an der zuständigen Stelle abzugeben. Unterdessen blieb der Fremde allein. Als der Angestellte zurückkehrte, war er verwundet, und bald entdeckte man, daß auch eine Base nicht mehr vorhanden war. Es handelt sich um eine 10 bis 15 Zentimeter hohe rot glasierte Base der sogenannten Vostens-Schmelz. Sie trägt in Handarbeit eine venezianische Landschaft. Für die Wiederbeschaffung ist eine hohe Belohnung zugesichert.

Wetter nach Berlin.

Berlin und Umgebend. Vielach Regen, nicht viel, am Tage wieder ziemlich rasche Erwärmung, nur vorübergehend etwas kühler, bei nächtlichen Abkühlungen.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

Veranstaltung der Post- und Telegraphenbeamten. Freitag abend 8 Uhr, im Jugendklub, Einberufung 3. wichtige Versammlung Tagesordnung: Bericht über die letzten Parteiveranstaltungen.

Jugendveranstaltungen.

Sozialistische Arbeiterjugend. Groß-Berlin. Morgen, Freitag, den 24. August, abends 8 Uhr, findet in der Aula des Coppen-Bezirks-Bezirksvereins eine Funktionärskonferenz statt. Der Generalsekretär Dr. Schmitt wird über die politische und wirtschaftliche Lage und die Arbeiterjugend vortragen. Alle Genossen müssen erscheinen. Mitgliedsbeitrag und Name des Bezirkes sind anzugeben. Der Bezirksvorstand.

